

19.09.2014
150a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

**Vortrag von Kardinal Reinhard Marx,
Präsident der ComECE,**

**anlässlich der Zweiten Katholischen Sozialtage für Europa
vom 18. bis 19. September 2014 in Madrid**

Sehr geehrte Damen und Herren,

I. Der historische Rahmen des Jahres 2014

Bei der diesjährigen Eröffnung der Salzburger Festspiele am 27. Juli 2014, einen Tag vor dem 100. Jahrestag der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, also dem Beginn des Ersten Weltkriegs, hat der australische Historiker Christopher Clark die Festrede gehalten. Clark, der sich in seinem vielbeachteten Buch „Die Schlafwandler“ mit der Kriegsschuldfrage auseinandergesetzt hat, nahm diese Festrede in Salzburg zum Anlass, um auf die Aktualität der Sommerkrise 2014 einzugehen und Parallelen zu heutigen politischen Konflikten und Krisenregionen zu ziehen. Obwohl er insgesamt die Befürchtung durchscheinen lässt, dass sich eine weltweite kriegerische Auseinandersetzung wiederholen könnte, gibt er am Ende seines Vortrags doch eine positive Prognose für Europa ab:

„Ob wir heute in der Lage sind, dieser Falle zu entkommen, ist noch nicht klar. Wir sind nicht unbedingt klüger oder weiser als unsere Vorfahren. Aber wir haben, jedenfalls in Europa, bessere Strukturen. Hier hat man aus den Ruinen zweier verheerender Weltkriege eine Wirtschafts- und Friedensordnung hergestellt, die weltweit einmalig ist. Es ist nicht nur, dass durch die EU ein Krieg zwischen den Staaten Europas unvorstellbar geworden ist, sondern dass dieses transnationale Gebäude für die ganze Welt ein Modell bietet für die friedliche Schlichtung von Interessenkonflikten. Die EU hat zurzeit vor allem innerhalb Europas eine schlechte Presse. Sie und ihre Werte werden auch innerhalb der Union von populistischen Bewegungen in Frage gestellt. Aber wer die EU [...] von außerhalb betrachtet [...], sieht in ihr einen Akt transnationalen politischen Willens, der zu den größten Errungenschaften der Geschichte der Menschheit gehört.“

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103 -0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischöfskonferenz

Überall in Europa gedenken die Menschen in diesem Jahr des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, trauern um die Toten und bedenken die Lehren, die wir aus der Geschichte zu ziehen haben. Obwohl Europa im Zweiten Weltkrieg noch viel mehr Tote zu betrauern hatte, bleibt der Erste Weltkrieg, den der amerikanische Diplomat und Historiker George Kennan einmal als die „Urkatastrophe Europas“ („the great seminal catastrophe of this century“) bezeichnet hat, in der Erinnerung vieler Nationen der große Krieg, „La Grande Guerre“. Auch Papst Franziskus hat am vergangenen Wochenende bei seinem Besuch in Fogliano an die Toten des Ersten Weltkriegs erinnert. Die Bischöfe der ComECE werden sich gemeinsam mit dem Präsidenten des CCEE am 11. November 2014 in Verdun versammeln, der Toten gedenken und für den Frieden beten.

Wie dicht die Geschichte Europas ist, zeigen jedoch auch die anderen historischen Gedenktage dieses Jahres. Vor drei Wochen haben wir an den 75. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs erinnert. Es ist erschütternd, dass zwischen den Ausbrüchen der beiden Weltkriege nur 25 Jahre lagen. Gemeinsam mit dem Erzbischof von Gleiwitz habe ich am 1. September eine Heilige Messe gefeiert, um die Rolle der Kirche als Brückenbauer, Versöhner und Friedensstifter zu betonen – eine Rolle, die sie im vergangenen Jahrhundert leider nicht immer wahrgenommen hat.

25 Jahre ist es nun auch her, dass der Kommunismus in Mittel- und Osteuropa zusammengebrochen ist und die Spaltung Europas durch die überwiegend friedlichen Revolutionen in den verschiedenen Staaten überwunden werden konnte. 15 Jahre hat es dann noch gedauert bis 2004, vor zehn Jahren, diese Staaten Mitglied der Europäischen Union geworden sind. Aus diesem Anlass waren die Bischöfe der ComECE übrigens im Jahr 2004 schon einmal in Spanien, nämlich auf dem Pilgerweg nach Santiago.

II. Europa steht an einem Neuanfang

Wenn wir heute, in einem Jahr mit solch bedeutenden historischen Erinnerungen, auf die Welt schauen, dann sehen wir erneut große Herausforderungen und geopolitische Entwicklungen. Mit Sorge schauen wir auf den Konflikt in der Ukraine und das Verhältnis Europas zu Russland. Verunsicherung hat sich breit gemacht über die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Und die blutigen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten – in Gaza, in Syrien und im Irak – werfen neue Fragen auf über die Zukunft der Region und des Weltfriedens sowie angesichts der grausamen und unmenschlichen Gräueltaten auch über unsere Verantwortung in der Welt. Durch die Globalisierung sind die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den verschiedenen Teilen der Welt noch näher an uns herangerückt. Diese Entwicklungen stellen uns auch immer wieder die Frage, wer wir als Europäer eigentlich sind, wie wir leben wollen und welches Selbstverständnis wir in die Welt einbringen möchten.

Deshalb ist die sicherheitspolitische und wirtschaftliche Krisensituation der vergangenen Jahre auch eine große Anfrage an die Europäische Union und an uns Europäer. Der Europäische Rat hat im Juli und August bereits die Weichen gestellt durch die Neubesetzung der Ämter des Kommissionspräsidenten (Jean-Claude Juncker), der Außenbeauftragten (Federica Mogherini) und des Präsidenten des Europäischen Rates (Donald Tusk). In diesen Tagen beginnt im Europäischen Parlament die Anhörung der Mitglieder der neuen Europäischen Kommission. Die EU steht nun also vor einem personellen und damit auch inhaltlichen Neubeginn für die nächsten Jahre. Und nach meiner Überzeugung stehen uns entscheidende Jahre bevor, in denen wir beantworten müssen, wohin sich die EU und damit auch in gewisser Weise Europa entwickeln wird. Dies gilt für alle Dimensionen der europäischen Einigung: für die konstitutionelle Verfassung, mit Blick auf die Verantwortung Europas in der Welt und hinsichtlich des Verhältnisses von Wirtschaft und sozialem Ausgleich in der EU.

In dieser Situation muss sich Europa vergewissern, welche Konsequenzen es aus der wirtschaftlichen Krise der vergangenen Jahre ziehen will. Schnell ist die Forderung nach einem „sozialen Europa“ bei der Hand. Aber so beliebt dieses Schlagwort ist, genauso offen bleibt auch, was wir unter einem sozialen Europa verstehen sollen.

Die europäische Staatsschulden- und Wirtschaftskrise hat in zahlreichen europäischen Staaten zu großen sozialen Verwerfungen geführt. Sicherlich verbessert sich die wirtschaftliche Lage bereits. Hier in Spanien zeigen sich Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs, Griechenland kann sich zum Teil schon wieder am Kapitalmarkt finanzieren, auch wenn die Frage eines erneuten Schuldenschnitts die europäische Politik wieder beschäftigen wird. Aber die soziale Lage verbessert sich immer erst im Nachgang zur wirtschaftlichen Entwicklung, so dass wir nach wie vor mit vielen sozialen Problemen zu kämpfen haben. Auch wenn sich die Situation am Arbeitsmarkt im vergangenen halben Jahr entspannt hat und die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist, so bleibt derzeit doch ein Viertel der Bevölkerung in Spanien ohne Arbeit. Das Gleiche gilt für Griechenland.

Von kirchlicher Seite leistet die Caritas in den verschiedenen Ländern gute Arbeit, um Menschen in Notlagen zu helfen. Papst Franziskus erinnert in „Evangelii gaudium“ an die Aufforderung Jesu an seine Jünger „Gebt ihr ihnen zu essen!“ (Mk 6,37) und weist darauf hin: „das beinhaltet sowohl die Mitarbeit, um die strukturellen Ursachen der Armut zu beheben und die ganzheitliche Entwicklung der Armen zu fördern, als auch die einfachsten und täglichen Gesten der Solidarität angesichts des ganz konkreten Elends, dem wir begegnen“ (EG 188). Es ist also nicht damit getan, die akute Not zu lindern. Es geht vielmehr auch darum, die Verhältnisse strukturell zu verbessern. Hier ist die Kirche mit ihrem politisch-diakonischen Auftrag gefordert, sich für eine gerechte Welt und in diesem Fall heißt das: für ein soziales Europa einzusetzen.

III. Die Gestalt eines sozialen Europas

Welche Konturen hat aber dieses soziale Europa? Die Europäische Union hat im sozialen Bereich nur begrenzte Zuständigkeiten. In der Kompetenzaufteilung innerhalb der EU verbleibt die Sozialpolitik weitestgehend in der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten. Man kann sicherlich lange über den Sinn dieser Kompetenzverteilung diskutieren. Natürlich spricht auch viel dafür, die Sozialpolitik im Aufgabenbereich der Nationalstaaten zu behalten: Zu vielfältig sind die gewachsenen nationalen Traditionen, und die kulturellen und wirtschaftlichen Unterschiede sind zu hoch, um europaweite Lösungen im Sozialbereich anzustreben. Aber diese Kompetenzverteilung darf meines Erachtens nicht dazu führen, dass die Europäische Union für den wettbewerbsfähigen Rahmen zuständig ist und die Mitgliedstaaten für den sozialen Ausgleich zu sorgen haben. Bei einem solchen Verständnis werden die Politik und Entscheidungen der EU nämlich immer nur dem Kalkül der Marktfreiheiten, des Wettbewerbs und der Liberalisierung folgen. Man wird dann mit Europa nur das Image des kaltherzigen Wirtschaftsprojekts verbinden, während die Nationalstaaten warme Wohltaten verteilen.

Wir erleben schon heute, dass die Menschen den staatlichen Rahmen als Hort der sozialen Absicherung empfinden. Während man also soziale Sicherheit mit dem Nationalstaat verbindet, wird Europa als Ursache für den Verlust des Sozialen ausgemacht. Dies führt sicherlich nicht dazu, dass die Menschen eine stärkere Identität als Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ausprägen. Schließlich ist gerade der soziale Zusammenhalt ein wesentlicher Beitrag zur Identifikation mit einem politischen Gebilde. Und deshalb beharren die Mitgliedsstaaten ja auch auf der sozialpolitischen Kompetenz. Es ist also kein Wunder, dass die Ausprägung einer europäischen Identität nicht vorangeht, wenn Europa immer nur als soziale Gefährdung wahrgenommen wird.

Allzu oft gilt die Wirtschaftsorientierung Europas als eine Verschärfung der negativen sozialen Effekte der Globalisierung in den industrialisierten Ländern. Zahlreiche europäische Länder waren in den vergangenen Jahren zu tiefgreifenden Reformen ihrer Wirtschafts- und Sozialordnung gezwungen, und die sozialen Sicherungssysteme stehen unter Druck. Für diese Situation wird oft die Europäische Union verantwortlich gemacht, die als Motor der Globalisierung den Wettbewerb fördere und damit Arbeitsplätze vernichte oder zu ihrer Verlagerung ins Ausland beitrage. Ich bin jedoch mit Blick auf die sozialen Folgen der Globalisierung davon überzeugt, dass die Europäische Einigung nicht das Problem, sondern die Lösung ist. Nur ein starkes vereintes Europa kann sich innerhalb der globalisierten Welt behaupten. Die nationalen Sozialstaaten können diese Herausforderung für sich kaum noch bewältigen.

Innerhalb der europäischen Politik lassen sich Wirtschaft und Soziales aber nicht so leicht trennen. Das gilt erst recht in der Wirtschafts- und Währungsunion mit ihren weitreichenden Verschränkungen, deren Ausmaß viele erst in der Krise wahrgenommen haben. Deshalb berühren die europäische Gesetzgebung und viele politische Maßnahmen auf europäischer Ebene auch Fragen der Sozial-, Steuer- und Haushaltspolitik. Sie beeinflussen auch in

erheblichem Maße den Spielraum der nationalen Sozialpolitik. Und nicht zuletzt nimmt die EU mit der Methode der offenen Koordinierung auch Einfluss auf die Weiterentwicklung der Sozialpolitiken. Deshalb bedarf es einer Idee, wie die soziale Dimension der Europäischen Union auszugestalten ist und an welchen Prinzipien sie sich orientieren soll. Darüber hinaus stellt sich durchaus auch die Frage, inwieweit nicht eine Neuverteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten notwendig und wünschenswert wäre. Vielleicht wäre es sinnvoll, innerhalb der EU auch einmal einen Konvent über soziale Fragen einzuberufen und nicht nur zur institutionellen Ausgestaltung der EU. Denn die EU braucht dringend eine Vergewisserung über ihre sozialpolitischen Kompetenzen.

Als der Europäische Rat im März 2000 in Lissabon die sogenannte Lissabon-Strategie verabschiedet hat, verfolgte sie damit das Ziel, die EU innerhalb von zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die soziale Kohäsion und der Umweltschutz waren zwar ebenfalls Bestandteil der Strategie, dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit jedoch nachgeordnet. Erst seit dem zufälligerweise ebenfalls in Lissabon verabschiedeten „Vertrag von Lissabon“, stehen die Ziele des sozialen Ausgleichs und der Wettbewerbsfähigkeit nebeneinander. Denn der 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon erklärt „eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ zu einem der Vertragsziele der EU. Somit ist die Soziale Marktwirtschaft zum Leitbild der Europäischen Union geworden. Die ComECE hat im Januar 2012 unter dem Titel „Eine Europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft“ eine Erklärung zur wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft veröffentlicht, um dieses Vertragsziel mit Leben zu füllen. Denn ein soziales Europa ist eng mit der Realisierung dieses Vertragsziels einer sozialen Marktwirtschaft auf europäischer Ebene verbunden. Vor diesem Hintergrund haben wir als Bischöfe vorgeschlagen, den gemeinsamen Markt weiterzuentwickeln.

Dass sich Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht voneinander trennen lassen, entspricht auch meinem Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft, deren Konzeption mit den Werten und Zielen der Katholischen Soziallehre korreliert: Es handelt sich dabei um ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das die Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip der Gerechtigkeit verbindet. Dazu schafft sie einerseits den Rahmen für einen fairen Wettbewerb und nutzt somit die Vorteile des Marktes und sorgt andererseits für einen sozialen Ausgleich. In einem politisch verschränkten System verschiedener Ebenen können diese Aufgaben nicht losgelöst voneinander unterschiedlichen Ebenen zugeordnet sein. Vielmehr muss bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen das Soziale immer mitbedacht werden. Die Politik würde zu kurz greifen, wenn sie nicht das Ganze im Blick hätte, sondern sich nur für Teilbereiche zuständig fühlte. Stattdessen braucht es eine ganzheitliche, integrierte Politik. Deshalb müssen wirtschaftspolitische Maßnahmen der EU immer auch unter ihren sozialpolitischen Folgen betrachtet werden. In das europäische Gesetzgebungsverfahren sollte insofern eine Sozialverträglichkeitsprüfung eingebaut werden.

Eine Soziale Marktwirtschaft auf europäischer Ebene muss sich natürlich auch weiterhin an der Wettbewerbsfähigkeit orientieren. Aber der Markt braucht klare Regeln, die wiederum politisch gesetzt werden müssen. Deshalb muss Ordnungspolitik die Grundlage eines sozialen Europas sein. Dies gilt mit Blick auf die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem auch für die Kapitalmärkte. Deshalb unterstreicht die Erklärung der ComECE: „Eine Marktwirtschaft, die ausschließlich den Kapitalinteressen dient, kann nicht ‚sozial‘ genannt werden.“

Neben die Ordnungspolitik tritt in einer Sozialen Marktwirtschaft aber eben auch die Sozialpolitik. Anhand der Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität muss ein gerechter Ausgleich geschaffen werden. Arbeitnehmer brauchen sozialen Schutz, die Jugend braucht Bildung und Ausbildung, die Familie als Keimzelle der Gesellschaft braucht Wertschätzung und Förderung. Hinzu kommt jedoch, dass wir heute nachhaltiges Wirtschaften im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr denken können, ohne die ökologischen Folgen unseres Wirtschaftens zu berücksichtigen. Deshalb müssen wir neben dem sozialen Ausgleich auch die Bewahrung der Schöpfung und einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen in unser Wirtschaftsmodell integrieren.

Der Klimawandel ist zu einem Brennpunkt der ökologischen Probleme geworden. Er wirft Fragen nach der globalen und intergenerationellen Gerechtigkeit auf, weil diejenigen, die am meisten unter ihm zu leiden haben, nicht identisch mit den Verursachern sind. Deshalb fordert uns der Klimawandel heraus, keinen Raubbau an der Schöpfung zu betreiben, sondern nachhaltig zu wirtschaften. Insofern muss die Wirtschaftspolitik in der EU nicht nur sozial, sondern auch ökologisch weiterentwickelt werden. Denn es wird auf Dauer nicht möglich sein, ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit zu erzielen, wenn wir die ökologischen Folgen unseres Handelns nicht beachten.

Neben dem sozialen Ausgleich und der ökologischen Nachhaltigkeit gibt es einen weiteren Grund, die Wirtschaftspolitik in ein gesamtpolitisches Konzept einzuhegen. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Markt in alle Lebensbereiche vordringt und uns beherrscht. Denn der Markt kann nicht alle Bedürfnisse befriedigen. Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass wir auf europäischer Ebene auch über die Frage des Sonntagsschutzes diskutieren. Es ist wichtig und richtig, dass wir an diesem Tag aus kulturellen und religiösen Gründen der Ruhe den Vorrang vor den wirtschaftlichen Aktivitäten einräumen.

Ebenso gehört der Bereich der Familie zu den Fragen, die wir nicht den wirtschaftlichen Überlegungen unterwerfen dürfen. Die Familie hat einen Wert in sich, den es zu achten gilt. Sie ermöglicht das Ja zum Leben und ist deshalb Grundlage unseres Zusammenlebens und der Zukunft der Gesellschaft. Die Familie darf anderen gesellschaftlichen Prozessen wie der Wirtschaft nicht untergeordnet werden. Daher dürfen wir die Familie nicht immer mehr dem Wirtschaftsleben anpassen, sondern wir müssen die Bereiche von Arbeit und Wirtschaft familienfreundlich ausgestalten. Auch in unseren heutigen modernen Gesellschaften erbringen

die Familien grundlegende gesellschaftliche Leistungen. Deshalb muss die Politik auf allen Ebenen darauf achten, die Familien zu unterstützen. Auch wenn die Europäische Union keine Kompetenz in familienpolitischen Fragen hat, so gehört doch eine familiengerechte Politik zur Idee einer Europäischen Sozialen Marktwirtschaft.

Die Beispiele von Sonntag und Familie weisen darauf hin, dass der Wirtschaft und dem Staat kulturelle Voraussetzungen zugrunde liegen. Sie bilden die Voraussetzung für unsere Gesellschafts- und unsere Wirtschaftsordnung. Deshalb müssen Wirtschaft und Staat diese Grundlagen achten und schützen. Der deutsche Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat in den 60-er Jahren einen Ausspruch geprägt, der seit Jahrzehnten die gesellschaftlichen Debatten in Deutschland prägt, der aber auch in anderen Ländern Beachtung gefunden hat: „Der freiheitliche Verfassungsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Das gilt noch viel stärker für unsere Wirtschaftsordnung! Auch sie lebt von kulturellen Voraussetzungen und tut gut daran, diese Voraussetzungen zu achten und nicht mit der Wettbewerbslogik zu beseitigen.

Mit Blick auf ein soziales Europa müssen wir heute feststellen, dass vor allem die Länder der Eurozone ein hohes Maß an wechselseitiger Verantwortung übernommen haben. Sie haben eine Solidaritätsgemeinschaft gebildet, und wir realisieren immer stärker, dass diese Solidarität auch eine Verantwortungsgemeinschaft impliziert. Aus diesem Grund trägt die ComECE-Erklärung den Titel „Eine Europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft“ und fordert: „Solidarität und Verantwortung müssen in Zukunft von der Europäischen Union immer enger miteinander verknüpft werden.“ Daher muss ein soziales Europa dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet sein.

IV. Soziale Herausforderungen in der EU

Ausgehend von diesen grundlegenden Gedanken über ein soziales Europa möchte ich fünf soziale Herausforderungen ansprechen, mit denen wir uns in Europa heute noch stärker auseinandersetzen müssen: die Jugendarbeitslosigkeit, die derzeitige europäische Krise, der demographische Wandel, Migration und Menschenhandel.

1. Mit Blick auf die Arbeitsmärkte schockiert mich immer noch am meisten die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Ländern Europas. Wir dürfen nichts unversucht lassen, gerade den Jungen eine Perspektive zu bieten und ihnen Chancen zu eröffnen, ihr Leben in die Hand zu nehmen und zu gestalten. Schon seit langem wird mit Blick auf die arbeitslosen Jugendlichen von einer „verlorenen Generation“ gesprochen. Wir dürfen diese Situation nicht hinnehmen: sowohl mit Blick auf die Jugendlichen selbst, aber auch mit Blick auf die langfristigen politischen Folgen dieser Situation. Bildung und Arbeit sind deshalb die Themen, an denen wir ansetzen müssen. Dabei setzt das christliche Menschenbild auch auf die Selbstverantwortung und die Leistungsbereitschaft des Einzelnen. Deshalb hat Bildung, die nicht auf ökonomischen Erfolg abzielt, sondern auch Teil der Persönlichkeitsbildung ist, einen zentralen Stellenwert.

In seiner Predigt zur Amtseinführung am 24. April 2005 hat Papst Benedikt es folgendermaßen formuliert: „Jeder ist gewollt, jeder ist geliebt, jeder ist gebraucht.“ Das muss das Leitbild für unsere Gesellschaft sein. Deshalb dürfen wir auch in einer wirtschaftlich so unsicheren Situation wie heute die Arbeitslosen nicht einfach abschreiben, sondern müssen ihnen immer wieder Chancen eröffnen. Denn der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet nicht nur, dass den Betroffenen das Einkommen wegbricht, sondern damit gehen auch geringere Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe und eingeschränkte Lebensperspektiven einher. Auch Papst Franziskus wendet sich in „Evangelii gaudium“ gegen eine Exklusionswirtschaft, wenn er sagt: „Es geht nicht mehr einfach um das Phänomen der Ausbeutung und der Unterdrückung, sondern um etwas Neues: Mit der Ausschließung ist die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der man lebt, an ihrer Wurzel getroffen, denn durch sie befindet man sich nicht in der Unterschicht, am Rande oder gehört zu den Machtlosen, sondern man steht draußen. Die Ausgeschlossenen sind nicht Ausgebeutete, sondern Müll, Abfall“ (EG 53). Als Christen müssen wir hingegen von der Würde des Menschen her denken und allen die Beteiligung an Arbeit und gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen. Vor allem mit Blick auf die Massenarbeitslosigkeit darf sich Sozialpolitik nicht auf eine ausschließliche Alimentierung der Betroffenen zum Lebensunterhalt beschränken. Sozialstaatliche Hilfen müssen vielmehr das Ziel verfolgen, die Menschen wieder zu einer Beteiligung am Gesellschaftsleben zu befähigen.

2. Europa hat seine wirtschaftliche und soziale Krise noch nicht überwunden. Spanien kann heute nach beeindruckenden Reformen wieder wirtschaftliche Erfolge erzielen. Aber andere Länder wie Frankreich und Italien sind immer noch in schwierigen Situationen. Sie drängen darauf, mehr Geld zu investieren und so die Wirtschaft anzukurbeln. Dem gegenüber beharren andere Länder darauf – vor allem meine Heimat Deutschland wird dazu gezählt –, dass die Krisenstaaten sich finanziell konsolidieren und strukturelle Reformen durchführen. Sicherlich wird es notwendig sein, Wachstumsimpulse zu setzen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der unserer Gemeinschaftswährung Euro zugrunde liegt, räumt dafür auch Möglichkeiten ein. Aber uns muss auch bewusst sein, dass es nicht gerecht sein kann, unsere Probleme heute auf Kosten der kommenden Generationen zu lösen. Nachhaltigkeit und das rechte Maß sind unerlässliche Kriterien ökonomischen Handelns. Im Interesse des Gemeinwohls, so haben die Bischöfe der ComECE in ihrer Erklärung zur Sozialen Marktwirtschaft betont, muss Europa deshalb eine stabilitätsorientierte Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben.

Dabei muss jedoch das Gebot der sozialen Gerechtigkeit beachtet werden. Und am meisten müssen wir diejenigen im Blick behalten, die sich selbst am wenigsten artikulieren können: Dazu gehören zum einen die sozial Schwachen, zum anderen diejenigen, die heute noch nicht geboren sind. Deshalb dürfen die notwendigen Sparanstrengungen in den europäischen Ländern nicht auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft gehen. Wir dürfen aber auch nicht durch immer neue Verschuldung den kommenden Generationen eine immense Schuldenlast aufbürden. Denn das würde nicht nur gegen die intergenerationelle Gerechtigkeit

verstoßen, sondern auch die Ungleichheiten innerhalb der kommenden Generation verschärfen. Deshalb ist der faire Ausgleich der Belastungen die große Herausforderung in der europäischen Schuldenkrise, der sich alle Beteiligten stellen müssen.

3. Auch der demographische Wandel beschäftigt uns in Europa schon seit geraumer Zeit. In manchen Ländern ist die Entwicklung schon weiter vorangeschritten, in anderen wird sie sich noch einstellen. Viele glauben, es sei ein rein westliches Phänomen, aber es sollte sich niemand in Europa täuschen, dass diese Entwicklung an ihm vorbeiginge. Natürlich ist es erfreulich, wenn wir alle älter werden. Damit sind auch viele gesellschaftliche Potentiale verbunden, die wir noch nicht hinreichend zu nutzen wissen, weil wir uns zu langsam auf die Entwicklung einstellen. Aber auf der anderen Seite bringt der demographische Wandel auch hohe Belastungen für unsere sozialen Sicherungssysteme mit sich. Insofern müssen wir diese Entwicklung stärker gestaltend annehmen und einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen Generationen herstellen. Schließlich bedeutet Generationengerechtigkeit, dass wir den Nachkommen nicht alleine die Lasten des demographischen Wandels aufbürden dürfen und dass wir ihnen eine intakte Infrastruktur hinterlassen müssen und die Möglichkeit, die Welt gestalten zu können. Deshalb wird eine Mäßigung unseres Lebensstils zugunsten der nachkommenden Generationen unumgänglich sein.

4. Die Einwanderung zahlreicher Flüchtlinge nach Europa beschäftigt uns zwar schon seit Jahrzehnten. Vor allem über Afrika drängen immer mehr Menschen nach Europa, um hier Arbeit und Auskommen zu finden. Der Einwanderungsdruck nimmt nun aber nach dem Arabischen Frühling noch weiter zu, und die Zustände der Migration werden unmenschlicher und dramatischer. Währenddessen haben wir Europäer trotz umfangreicher politischer Anstrengungen immer noch keine angemessene Antwort auf die Migration gefunden. Viel zu lange haben wir versucht, die Flüchtlinge, die in Nusschalen über das Mittelmeer zu uns kommen, einfach wieder zurückzuschicken. Die unzähligen Menschen, die in den vergangenen Jahren auf ihrem Weg nach Europa ums Leben gekommen sind, weisen aber darauf hin, dass die bisherigen politischen Antworten – man traut sich ja nicht, von Strategien zu sprechen – nicht gefruchtet haben. Die einzigen Reaktionen der Europäer waren in der Vergangenheit Abwehr und Kontrolle. Ich vermisse hingegen in Europa, dass wir Migration auch viel stärker als Chance begreifen.

Johannes Paul II. hat in seinem nachsynodalen Schreiben „Ecclesia in Europa“ 2003 geschrieben: „Wenn man Europa sagt, soll das Öffnung heißen. [...] Daher muß es ein offener und gastfreundlicher Kontinent sein“ (EiE 111). Davon ist in der Europäischen Migrationspolitik nichts zu spüren. Zuerst einmal müssen wir die ankommenden Flüchtlinge doch menschlich behandeln. Das gilt ganz unabhängig davon, ob sie später hier bleiben dürfen oder nicht. Papst Franziskus hat uns bei seinem Besuch am 8. Juli 2013 auf Lampedusa vor einer „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ gewarnt. Es wird Zeit, dass diesen Worten endlich Taten folgen. Denn es kann uns nicht kalt lassen, wenn die Flüchtlinge an den Toren Europas sterben. Deshalb muss Europa sowohl bei der Aufnahme der Flüchtlinge etwas

ändern als auch die Fluchtursachen in den Herkunftsländern stärker bekämpfen. Europa muss aber auch Möglichkeiten legaler Zuwanderung über den Kreis von Hochqualifizierten hinaus prüfen und damit irregulärer Zuwanderung und Menschenschmuggel entgegenwirken. Auch in Sachen innereuropäischer Solidarität haben wir noch Nachholbedarf: und zwar sowohl bei den EU-Mitgliedstaaten, in denen die Flüchtlinge ankommen, als auch bei den anderen EU-Mitgliedern.

5. Das Thema Menschenhandel wird nach wie vor nicht in seiner Dringlichkeit wahrgenommen. Viele glauben, dieses Problem wäre weit von ihnen entfernt. Doch sie verkennen, dass dieses Thema in vielen Bereichen unserer Gesellschaft angekommen ist. Menschenhandel hat viele Gesichter: häusliche Sklaverei und Zwangsdienste, Zwangsprostitution oder Organhandel. Jedes Jahr werden nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ca. 880.000 Menschen in der Europäischen Union Opfer von Menschenhandel, weltweit sind es über 20 Millionen Menschen. Nicht zuletzt hat Papst Franziskus dieses Thema in den Vordergrund gestellt und als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ angeprangert. Bei einer Tagung im Vatikan im April dieses Jahres sagte er, diese Tagung sei eine „Geste der Kirche und aller Menschen guten Willens zu sagen: Es reicht!“ Die Europäische Union hat zwar in den letzten Jahren erste Maßnahmen gegen den Menschenhandel ergriffen. Aber die politischen Anstrengungen müssen weiter intensiviert werden, um diesem global agierenden Verbrechen zu begegnen.

V. Der Beitrag der Kirche

Welchen Beitrag kann nun die Kirche zu einem sozialen Europa leisten? Die Kirche hat keine technischen Lösungen anzubieten. Sie hat auch keine eigenen politischen oder wirtschaftlichen Konzepte, die mit der Politik konkurrieren würden. Aber die Kirche nimmt an den Sorgen und Nöten der Menschen teil, denn sie ist in diese Welt hineingestellt. Deshalb ist es nicht der Auftrag der Kirche, Lösungen im technischen Bereich zur Verbesserung in einzelnen Fragen zu entwickeln. Die Kirche kann aber mit ihrer Soziallehre eine Richtschnur anbieten, um eine gerechte Gesellschaft zu bauen.

Die Katholische Soziallehre, so hat der Heilige Papst Johannes Paul II. in „Ecclesia in Europa“ betont, „hat ihren Ursprung in der Begegnung zwischen der biblischen Botschaft mit der Vernunft auf der einen und den das Leben des Menschen und der Gesellschaft betreffenden Problemen und Situationen auf der anderen Seite. Durch die Gesamtheit der von ihr gebotenen Prinzipien trägt diese Lehre dazu bei, solide Grundlagen für ein menschengerechtes Zusammenleben in Gerechtigkeit, Wahrheit, Freiheit und Solidarität zu legen. Ausgerichtet auf die Verteidigung und Förderung der Würde der menschlichen Person – Grundlage nicht nur des wirtschaftlichen und politischen Lebens, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens – erweist sich die Soziallehre als fähig, die tragenden Säulen der Zukunft des Kontinents abzustützen“ (EiE 98).

Bei der Soziallehre geht es also um ein ganzheitliches Konzept, das den Menschen und seine Würde im Auge hat und ihn nicht instrumentalisiert. Eine Orientierung an ihren Prinzipien Personalität, Solidarität und Subsidiarität ermöglicht den Aufbau einer Gesellschaftsordnung, die sich nicht einseitig an wirtschaftlichen Fragen orientiert, sondern von der Person ausgeht. Zur Katholischen Soziallehre gehört aber nicht nur die Sozialverkündigung des Papstes und der Bischöfe. Das kirchliche Lehramt bildet vielmehr nur eine von insgesamt drei Säulen. Eine zweite Säule bildet die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Sozialethik an den theologischen Fakultäten. Die dritte Säule hingegen ist seit jeher die katholische Sozialbewegung. Gerade in diesem Kreis fordere ich deshalb nachdringlich dazu auf, dass sich die katholischen Laien in die europäische Politik einbringen und die Soziallehre der Kirche im politischen Raum verbreiten und vertreten. Die Wirksamkeit der Soziallehre der Kirche hängt vor allem auch davon ab, ob sich Christen finden, die sich für das Gemeinwesen Europa engagieren und christlich-soziale Politik betreiben. Die europaweite Vernetzung katholischer Laien in der Politik ist sicherlich ein Bereich, in dem wir uns als Kirche stärker engagieren müssen.

VI. Fazit

Als sich die Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates, José Manuel Barroso und Herman Van Rompuy, sowie der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, László Surján, am 10. Juni dieses Jahres mit Religionsführern zu einem Dialoggespräch getroffen haben, berichtete Präsident Barroso von seiner Initiative, europäische Intellektuelle zusammenzubringen, um über das neue „Narrativ Europas“ zu diskutieren. Dahinter steckt die Idee, dass die Friedensbegründung der Europäischen Integration fast siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr trägt. Viele meinen heute, die Bündelung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kraft Europas in der globalisierten Welt wäre der neue Grund, warum die Staaten in Europa zusammenarbeiten sollten.

In meinem Statement bei diesem Treffen in Brüssel habe ich darauf hingewiesen, dass bereits Robert Schuman die Europäische Integration nicht nur mit dem Motiv des Friedens und der Versöhnung begründet hat, sondern auch mit der Selbstbehauptung Europas in der Welt. Beide Begründungen haben meiner Meinung nach bis heute nichts an ihrer Aktualität verloren. Wenn wir das Europäische Sozialmodell in einer wirtschaftlich zusammenrückenden Welt nicht nur verteidigen, sondern auch weltweit befördern wollen, dann bleibt uns Europäern gar keine andere Wahl als immer enger zusammenzuarbeiten und unsere gemeinsamen Interessen vereint zu vertreten.

Gerade im Gedenkjahr 2014 – 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten und 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs – sollten wir aber auch die Friedensmotivation nicht vergessen. Jean-Claude Juncker, der neue Präsident der Europäischen Kommission, pflegt zu sagen: „Wer an Europa zweifelt, soll einen Soldatenfriedhof besuchen.“ Denn er berichtet gerne folgende Geschichte: Als er als Minister von den nächtlichen Verhandlungen in Brüssel

zurückgekommen ist und sich über die anstrengenden Verhandlungen mit den europäischen Partnern beklagt hat, habe sein Vater diese Klage zurückgewiesen mit der Erwiderung, dass man in früheren Zeiten wegen dieser Angelegenheit Krieg geführt hätte.

Vergessen wir also nicht, dass die bestehenden europäischen Verschränkungen auch ein Grund dafür sind, dass wir in Europa nicht nur im Frieden, sondern als Freunde zusammenleben. Europa bleibt ein Projekt des Friedens, der Freiheit und der Versöhnung – auch und gerade in den außenpolitisch schwierigen Zeiten des Jahres 2014. Die soziale Dimension Europas ist ein wichtiger Beitrag, Lehren aus der Geschichte zu ziehen und dieses europäische Einigungsprojekt zu vertiefen. Denn ein soziales Europa als Baustein einer Friedensordnung gehört zweifelsohne, wie es Christopher Clark in Salzburg gesagt hat, „zu den größten Errungenschaften der Geschichte der Menschheit“.